

Verlauf der GR-Sitzung vom 09. April 2008

Vor Beginn der öffentlichen Sitzung findet von 19.05 Uhr bis 20.35 Uhr eine nicht öffentliche Information von Herrn Mag. Clemens Strauss (Hohenberg-Strauss-Buchbauer Rechtsanwälte GmbH) an den Gemeinderat statt.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 20.50 Uhr

Keine Zuhörer anwesend

Entschuldigt: GR Ing. Richard Schelch (ÖVP)

Bgm. Pignitter begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, die Bediensteten Gerl, Amtsleiter Mag. Marat, Amtsleiter-Stv. und Protokollführer Schreiner.

Der Bgm. stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Im Anschluss leitet der Bgm. Pignitter die

Fragestunde nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung ein (sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an den Bgm. gerichtet).

1. Frage – GR Paar fragt, wofür die zusätzlichen € 5.000,00 Bedarfsmittel des Härteausgleichsfonds verwendet werden.

- Bgm. Pignitter antwortet, man werde noch einen Verwendungszweck festlegen. Es sei aber sicher kein Fehler, dass er diese zusätzlichen Bedarfsmittel lukrieren konnte, so der Bgm.

2. Frage – GR Paar gibt bekannt, am vergangenen Samstag habe am Sportplatz ein Treffen mit Herrn Ofner von der Fa. Habitare stattgefunden. Dieser habe sein Projekt allen Anrainern der Ulmgasse vorgestellt und würde sie jetzt gerne von offizieller Stelle wissen, wie es weitergehe. Sie sei total verwundert gewesen; Herr Ofner habe auch die Wassergutachten von DI Zach dabeigehabt, so GR Paar.

- Bgm. Pignitter antwortet, er habe von diesem Gespräch auch nichts gewusst. Die Gutachten hätte Herr Ofner auch bei Herrn DI Zach holen können. Herr Ofner sei sicher bestrebt, den Weg mit den Anrainern zu suchen, weil es in letzter Zeit eher Einsprüche gegeben habe. Herr Ofner sei vor längerer Zeit bei ihm gewesen und habe gefragt, wie es weitergehe. Er habe Herrn Ofner klipp und klar gesagt, aufgrund des neuen Flächenwidmungsplanes bestehe die Hochwasserlinie nach wie vor. Solange dies nicht bereinigt sei, werde er dort nicht bauen dürfen, wie er glaube, so der Bgm.

GR Paar spricht die drei geplanten Straßen (eine an der Grundgrenze, eine in der Mitte und eine ganz links) mit Wendehammer an. Hierzu müsse die Gemeinde etwas wissen, weil man nicht ohne Rücksprache mit der Gemeinde planen könne.

Bgm. Pignitter erklärt, Herr Arch. DI Nussmüller habe ihm nur gesagt, dass er einen Entwurf oder Ähnliches zur Begutachtung bekommen habe.

GR Paar sagt, die Ulmgasse sei viel mit 4,30 m zu eng; wenn dort Baufahrzeuge fahren, werde alles stehen und es könne keine Rettung oder Feuerwehr mehr zufahren.

Der Bgm. sagt, er gehe davon aus, dass Herr Ofner mit den Anrainern ein Vorabgespräch führen wollte. Er selbst wisse nichts davon, eventuell sei Herr Ofner bei Herrn Ing. Joham gewesen. Bei ihm sei er vor etwa 2 Monaten gewesen und habe sich, wie erwähnt, nach dem Stand erkundigt. Solange die Vorbehaltsfläche nicht weg sei, werde er nicht bauen können – das habe er Herrn Ofner gesagt, so der Bgm.

GR Paar informiert, Herr Ofner habe gesagt, er wolle im Sommer mit dem Bau beginnen. Der Bgm. verweist auf die Vorbehaltsfläche, wo nur dann gebaut werden könne, wenn das Hochwasser weg sei.

GR Zarfl sagt, es müsse beachtet werden, dass der bestehende Sportverein – sollte die Siedlung dort gebaut werden – eventuell ein weiteres Problem mit dem Lärm bekommen könnte.

Der Bgm. meint, im Projektverfahren sei es sicherlich notwendig anzumerken, dass der Sportplatz in der Nähe ist. Näheres werde man wahrscheinlich dann diskutieren, wenn man zu diesem Punkt komme.

1. Frage – GR Dipl. Tzt. Aichholzer fragt, ob man wisse, wer die Jugendlichen seien, die am sog. „Reja-Grund“ in militärischen Tarnanzügen spielen.

GR Paar fügt hinzu, sie habe diese drei bis fünf Jugendlichen auch schon einige Male bei irgendwelchen Kriegsspielen gesehen.

- Bgm. Pignitter sagt, er wisse davon überhaupt nichts. Man könne es nur eventuell der Exekutive weiterleiten.

1. Frage – 2.Vzbgm. Lang sagt, er sei von ein paar Senioren angesprochen worden, ob es möglich wäre, ungefähr in der Mitte der Weingartenstraße eine Sitzbank aufzustellen.

- Bgm. Pignitter antwortet, die Gemeinde habe dort keinen Grund, sondern nur 20 cm Bankette zur Verfügung. Daher müsste man die Bank in die Straße stellen, was nicht möglich sei. Er stelle sicher kein Bankerl auf, da ansonsten mit einer Besitzstörungsklage zu rechnen sei.

1. Frage – GR Zarfl bezieht sich auf die beabsichtigten Ehrungen und fragt, wie der derzeitige Stand sei.

- Bgm. Pignitter sagt, es gebe dazu zwar einen GR-Beschluss, man habe aber im Gemeindevorstand beschlossen, die Ehrungen im Herbst durchzuführen, da derzeit ohnehin genug zu tun sei. Grundsätzlich habe man im Jahr 2004 die letzten Ehrungen gehabt.

GR Zarfl meint, der Gemeinderat habe einen Beschluss gefasst und dieser sei klar und deutlich. Wenn der Bgm. glaube, dass das ein Fehlbeschluss gewesen sei, solle er den Antrag stellen, dass der Beschluss rückgängig gemacht werde. Dann müsse man es den Leuten aber auch sagen und reinen Wein einschenken. Man habe einen klaren Beschluss und fragt GR Zarfl daher nach der Terminisierung und ob er dazu keine Antwort bekomme.

Der Bgm. sagt, er werde die GR-Sitzung um diesen Punkt erweitern. Das sei die Antwort.

2.Vzbgm. Lang sagt, er werde dazu auch den Antrag auf Erweiterung der TO stellen.

1. Frage – GR Tengg fragt, wer die Versetzung des Marterls am Strohmayerweg veranlasse.

- Bgm. Pignitter antwortet, das Grundstück gehöre in Zukunft der Gemeinde; das sei auch im Gemeinderat beschlossen worden. Also werde auch das Marterl der Gemeinde gehören. Die Herren Josef Gutmann, Josef Gartler und Hermann Strohmayer sowie die Fam. Resch hätten sich in einer Gemeinschaftsaktion bereit erklärt, das Marterl umzusetzen. Die Gemeinde werde sich mit dem Wirtschaftshof daran beteiligen; es werde somit keine Welt kosten. Zuerst war an eine

Abtragung gedacht, nunmehr soll das Marterl mit einem Kran auf den neuen Standort gehoben werden.

VM ÖkR KONRAD äußert seine Bereitschaft, an der Gemeinschaftsaktion mitzuwirken.

1. Frage - 2.Vzbgm. Lang erkundigt sich nach dem letzten Stand in der Causa Tanzschule Hohegger.

AL Mag. Marat informiert, dass die bereits angekündigten Tanzkurse noch bis 30.06. im Turnsaal der VS Lieboch abgehalten werden können, um einen möglichen Verdienstentgang der Tanzschule Hohegger entgegenzuwirken.

1. Frage – GR Wiesenhofer richtet sich an den Obmann des Kinder-Jugend-Sport- und Schulausschusses, 1.Vzbgm. Grinschgl.

Unter Bezugnahme auf die Ausgabe der „Liebocher Nachrichten“ von Februar 2008, Ausgabe Nr. 582, zitiert GR Wiesenhofer:

„Einladung ab 15 Jahre zum Thema Alkohol und Drogensucht. Denn sie wissen nicht, was sie tun. Wann? Mittwoch 12. März 2008, Wo? Marktgemeinde Lieboch, Beginn 18.30 Uhr. Zu diesem Thema konnten wir einen hervorragenden Referenten gewinnen: Dr. Helmut Wlaaek, Themenschwerpunkt Drogen und Alkohol, Jugendrichter am Landesgericht für Strafsachen Graz, Obmann des Vereines Mc Clean, Wachrüttelprojekt betreffend Suchtgift. Wir hoffen auf Ihre Teilnahme, nehmt diese Chance wahr, liebe Jugendliche und Eltern.“

Obmann der Kinder-Jugend-Sport- und Schulausschusses 1.Vzbgm. Bernd Grinschgl“

Seine Frage an 1.Vzbgm. Grinschgl dazu sei, wer mit „wir“ gemeint sei.

- 1.Vzbgm. Grinschgl antwortet, das „wir“ beziehe sich auf die Gemeinden Haselsdorf-Tobelbad und Lieboch, weil man in Kooperation gemeinsam geschafft habe, den Referenten hierher zu bringen.

GR Wiesenhofer fragt, inwieweit der Kinder-Jugend-Sport- und Schulausschuss dabei involviert sei.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, er glaube, dass er als Obmann des Kinder-Jugend-Sport- und Schulausschusses sehr wohl das Recht habe oder in Anspruch nehmen könne, so eine Veranstaltung zu organisieren und seinen Namen darunterzusetzen.

GR Wiesenhofer meint, es sei auch gut, eine derartige Veranstaltung anzudenken, aber er als Ausschussmitglied des Kinder-Jugend-Sport- und Schulausschusses finde, darüber Bescheid wissen zu wollen, wenn so etwas stattfindet. Das sei aber nicht der Fall gewesen. Er habe es erst durch die „Liebocher Nachrichten“ erfahren, so GR Wiesenhofer.

1.Vzbgm. Grinschgl erklärt, er sei der Ansicht gewesen, für so eine Veranstaltung eine eigene Sitzung einzuberufen, sei ihm ein bisschen „zuviel“ vorgekommen. Die Kosten habe er damals noch nicht gewusst und die Gemeinde Haselsdorf-Tobelbad hätte ihn darauf angesprochen, ob es möglich wäre, dies gemeinsam zu organisieren. Nur leider habe er damals den Termin noch gar nicht ganz fix gewusst. Er habe schon angenommen, dass man eine solche Veranstaltung nicht auslassen sollte.

GR Wiesenhofer sagt, er könne sich erinnern, als 1.Vzbgm. Grinschgl damals den Jugendraum aufgesperrt habe, seien die Ausschussmitglieder telefonisch vorinformiert worden.

Hier habe es nicht einmal eine tel. Vorinformation gegeben. Er habe den „Liebocher Nachrichten“ entnommen, dass der Obmann eines Ausschusses, in dem er Mitglied sei, eine Einladung im Namen des Kinder-Jugend-Sport- und Schulausschusses ausspricht.

Er sei der Meinung, wenn man so etwas vorhabe, sollte man den Ausschuss darüber informieren.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, es sei zu kurzfristig gewesen und dafür müsse keine eigene Sitzung einberufen werden, wo man als Ausschussmitglied nichts organisieren oder tun müsse. Oder hätte man nur zusammensitzen und sagen sollen: „Das machen wir“, so 1.Vzbgm. Grinschgl.

GR Wiesenhofer entgegnet, er habe nicht von einer eigenen Sitzung gesprochen, sondern man hätte den Punkt auf die Tagesordnung der im Jänner stattgefundenen Sitzung nehmen können.

1.Vzbgm. Grinschl antwortet, zu diesem Zeitpunkt habe er es noch nicht einmal gewusst. Er habe den Termin erst kurz vor der Ausgabe der „Liebocher Nachrichten“ erfahren.

GR Zarfl verliest § 49 Abs. 3 der Gemeindeordnung und stellt fest, dass eine selbstständige Handlung oder das Tätigwerden von Fachausschüssen von der Gemeindeordnung ausdrücklich nicht vorgesehen ist. Er wolle zu dieser Frage auf ein Schreiben von Herrn Hofrat Dr. Paier bezüglich der versuchten Installierung eines Budgetausschusses verweisen, in dem er klar sage, dass Rechte, die in der Gemeindeordnung nicht klar vorgesehen sind, nicht gegeben seien.

Schon gar nicht könne ein Mitglied, auch wenn es der Obmann des Fachausschusses sei, selbstständig Anordnungen treffen, so GR Zarfl.

Der Bgm. sagt, in letzter Zeit seien auch einige Veranstaltungen im Gemeindeamt gewesen, von denen er vorher auch nichts gewusst habe. Er „kratze“ sich aber nicht darum, weil er es gut finde, wenn Leute aktiv seien.

GR Zarfl beklagt, keine Einladung zur Veranstaltung bekommen zu haben.

1.Vzbgm. Grinschl verweist darauf, dass ohnehin ein Flugblatt erschienen ist.

Der Bgm. meint, es sei schon wieder zuviel gewesen, dass eine gute Aktion gestartet wurde; dass GR Wiesenhofer das vorbringe, wundere ihn umso mehr.

GR Wiesenhofer meint, er begrüße die Aktion sehr.

Der Bgm. sagt, es scheine ihm nicht so.

GR Wiesenhofer fordert, da er im Ausschuss ist, ein, auch informiert zu werden. Das stehe ihm zu.

2. Frage – GR Wiesenhofer erkundigt sich nach den Kosten des Referenten vom 12.03.2008.

1.Vzbgm. Grinschl teilt mit, dass der Kostenanteil der Marktgemeinde Lieboch ca. € 310,00 beträgt.

GR Wiesenhofer fragt, aus welchem Budget diese Kosten bezahlt werden.

Der Bgm. teilt mit, dass diese Kosten aus der Kostenstelle für Jugendbetreuung bezahlt werden.

2. Frage - 2.Vzbgm. Lang verweist hinsichtlich des Lärmschutzes für die Anrainer der Föhrengasse beim Kreisverkehr Waldhof auf die notwendigen Erhebungen, die an Herrn DI Rakusch gemeldet werden müssten. Dies sei noch nicht durchgeführt worden.

- Bgm. Pignitter sagt, es habe ein Gespräch zwischen Bmst. Ing. Joham und DI Rakusch gegeben. Für nähere Auskünfte wäre Herr Bmst. Ing. Joham zu kontaktieren. Die Termine von Herrn DI Rakusch könne er nicht beeinflussen, 2.Vzbgm. Lang könne aber auch beim zuständigen Referenten des Landes nachfragen, so der Bgm.

Ende der Fragestunde: 21.16 Uhr

• **Bericht des Bürgermeisters**

Kein Bericht.

Im Anschluss stellt der Bgm. den Antrag, die Tagesordnung wie folgt zu erweitern:

Nicht öffentlich

10. Bestandsvertrag Technisches Eisenbahn Museum (TEML);
Marktgemeinde Lieboch Orts- und Infrastrukturentwicklungs-KEG – Marktgemeinde Lieboch,
Erhöhung des Nutzungsentgeltes
11. Bestellung einer Kontaktperson nach dem Landes-Gleichbehandlungsgesetz
(Tamara Reichenfeld)
12. Ing. Fritz Wagner; Bestellung als nichtamtlicher schalltechnischer Sachverständiger
(Betriebsstättengenehmigung Sportplatz)
13. Hochwasserschutz Lieboch

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Weiters stellt der Bgm. den **Antrag**, die Tagesordnung um den TO-Punkt

14. Ehrungen und Zeitpunkt

zu erweitern.

Für den Antrag des Bgm. stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Dipl.-Päd. Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP) und GR Zarfl (FPÖ).

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) enthalten sich der Stimme (= gelten als Gegenstimmen).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 7 Gegenstimmen : 2 Stimmenthaltungen).

Pkt. 1.: Genehmigung und Unterfertigung des Sitzungsprotokolls vom 27.02.2008

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den **Antrag**, das Protokoll vom 27.02.2008 in der vorliegenden Form zu genehmigen. Geringfügige Änderungen zum Konzept sind bereits eingeflossen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 2.: Rechnungsabschluss 2007

a.) Bericht des Prüfungsausschusses zum Rechnungsabschluss 2007

Bgm. Pignitter weist darauf hin, dass der Rechnungsabschluss 2007 ordnungsgemäß kundgemacht wurde und im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt ist und ersucht den Obmann des Prüfungsausschusses, GR Zarfl, um seinen Bericht zum Rechnungsabschluss 2007.

GR Zarfl informiert den Gemeinderat, dass am 31.03.2008 eine Prüfungsausschuss-Sitzung stattgefunden hat, in der der Rechnungsabschluss 2007 geprüft wurde.

Da der Prüfbericht in den Unterlagen aufgelegt ist, gehe er davon aus, dass sich der Gemeinderat ausreichend informieren konnte und somit auf die Verlesung verzichtet werden könne, so der Gemeinderat nichts dagegen einzuwenden habe.

Anm.: Die Niederschrift der Prüfungsausschuss-Sitzung vom 31.03.2008 wird zusätzlich an die Bildwand projiziert.

GR Zarfl erwähnt Pkt. 2. der Prüfungsausschuss-Sitzung:

„Zum Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2007 wird festgehalten, dass, wie schon im Pkt. 2) der Prüfungsausschuss-Sitzung vom 26.02.2008 (Haushaltsüberwachungsliste per 31.12.2007) zu den im AOH verrechneten Vorhaben, festgehalten wurde, vollinhaltlich übernommen wird.

Darüber hinaus bringt der Prüfungsausschuss-Obmann ein, dass aus seiner Sicht die von ihm schon mehrmals bemängelte Vorgehensweise hinsichtlich der Beurteilung und Einarbeitung von Bilanzverlusten aus der KEG nicht dem Vorgehen eines ordentlichen Kaufmannes entsprechen und er aus diesem Grund sich inhaltlich vom Rechnungsabschluss 2007 distanziert. Diese seine Meinung vertreten auch die Vertreter der ÖVP und der GRÜNEN.

Im Übrigen wird festgehalten, dass der Rechnungsabschluss entsprechend dem Voranschlag sachlich korrekt und entsprechend der beiliegenden Erläuterungen abgeführt wurde.

Das Vermögensverzeichnis wird in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen und wird ersucht die Inventarlisten auf den neuesten Stand zu bringen.“

Der Bgm. fragt den Gemeinderat, ob zum Prüfbericht etwaige Stellungnahmen geäußert werden.

Anm.: Es gibt keine Wortmeldungen.

b.) Beschlussfassung

Bgm. Pignitter informiert, dass der Rechnungsabschluss 2007 von der Aufsichtsbehörde bereits vorgeprüft wurde und stellt den **Antrag**, den Rechnungsabschluss 2007 in der vorliegenden Form zu beschließen und die Rechnungsleger (Bürgermeister und Gemeindegassier) zu entlasten.

2.Vzbgm. Lang bedankt sich bei Frau Gerl für die geleistete Arbeit und verweist auf die vorgebrachte Stellungnahme des Prüfungsausschusses, die bereits von GR Zarfl zitiert worden sei.

Aus diesen Gründen sehe sich seine Fraktion genötigt, dem Rechnungsabschluss 2007 nicht zuzustimmen.

GR Mag. Marx sagt, für seine Fraktion gelte dies auch. Er werde nicht einerseits die vorgebrachte Kritik äußern und andererseits dem Rechnungsabschluss zustimmen.

GR Zarfl bedankt sich ebenfalls bei Frau Gerl.

Gäbe es einen zweigeteilten Beschluss, der es ermögliche, die Leistungen der Frau Gerl hinsichtlich der Erstellung des Rechnungsabschlusses und formalen Führung des Rechnungswesens zu würdigen und andererseits die politische Bewertung und Umsetzung, würde ersterer hundertprozentig einstimmig ausfallen, so GR Zarfl.

Nachstehend die Erläuterungen zum Rechnungsabschluss 2007:

a) Ordentlicher Haushalt

Soll

Einnahmen: € 5,725.832,82

Ausgaben : € 5,725.832,82

und ist das Soll somit ausgeglichen.

Als Anteilsbetrag vom OH konnte in den AOH der Betrag von € 377.817,06 zur Abdeckung nachstehender Vorhaben zugeführt werden:

1.) Freiw. Feuerwehr; Instandh.Gebäude	€	14.818,12
2.) Kindergarten – Gebäudesanierung	€	8.213,83
3.) Kinderkrippe	€	133.398,36
4.) MG. Lieboch KEG; Freizeitzentrum	€	20.000,00
5.) MG. Lieboch KEG; Museum	€	30.000,00
6.) Betonskulptur – Transportkosten	€	3.180,53
7.) Straßensanierung, Geh- und Radwege mit Straßenbeleuchtung	€	112.425,80
8.) Rückhaltebecken; Planungskosten Kohlgraben	€	1.403,86
9.) Rückhaltebecken; Planungskosten Schmied- bach/Trattenbach	€	557,29
10.) Rückhaltebecken Kohlgraben/Jägerweg (Verrohrg.)	€	7.968,57
11.) MG. Lieboch KEG; Wasserhaus	€	40.000,00
12.) Abwasserbeseitigung-Erschließung Ulmg.-Sportpl.	€	5.850,70
	€	<u>377.817,06</u>

Ist

Einnahmen: € 5,708.638,91

Ausgaben : € 5,992.318,07

daraus ergibt sich ein Ist-Abgang von € 283.679,16

b) Außerordentlicher Haushalt**Soll**

Einnahmen: € 1,281.520,31

Ausgaben : € 2,194.217,79

daraus ergibt sich ein Soll-Abgang von € 912.697,48

(Soll-Abgang-Brutto = € 1,001.700,00 abzgl. Soll-Überschuss von € 89.002,52)

Der Soll-Abgang 2007 ist bei nachstehenden Vorhaben verrechnet:

1.) MG. Lieboch KEG; Industrie West	€	700.000,00
2.) Kinderkrippe	€	282.200,00
3.) Abwasserbeseitigung – Erschließung Ulmg.- Sportplatz	€	<u>19.500,00</u>
Summe	€	1.001.700,00

Der Soll-Überschuss ergibt sich bei nachstehenden Vorhaben:

1.) Straßen- und Gehsteigsanierung Bahnhofstraße	€	<u>89.002,52</u>
Summe	€	89.002,52

Ist

Einnahmen: € 2,735.483,46

Ausgaben : € 2,478.919,73

und ergibt sich daraus ein Ist-Überschuss von € 256.563,73.

Der Ist-Überschuss ist bei folgenden Vorhaben verrechnet:

1.) Straßensanierung, Geh- und Radwege mit Ausbau Straßenbeleuchtung	€	94.761,21
2.) Straßen- und Gehsteigsanierung Bahnhofstraße	€	89.002,52
3.) Industrie West (Grundankauf Asfinag)	€	<u>72.800,00</u>
Summe	€	256.563,73

C) Kassenabschluss

Einnahmen:

Anfänglicher Kassenbestand	€ -	74.886,11
Summe der ordentl. Einnahmen	€	5.708.638,91
Summe der außerordentl. Einnahmen	€	1.029.918,23
Summe der voranschlagsunwirksamen Einnahmen	€	<u>2.789.360,64</u>
Gesamtsumme	€	9.453.031,67

Ausgaben:

Summe der ordentl. Ausgaben	€	5.694.390,45
Summe der außerordentl. Ausgaben	€	1.606.983,57
Summe der voranschlagsunwirksamen Ausgaben	€	3.119.402,27
Schließlicher Kassenbestand	€ -	<u>967.744,62</u>
Gesamtsumme	€	9.453.031,67

Der Bgm. ersucht über den seinen bereits gestellten Antrag abzustimmen.

Für den Antrag des Bgm. stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Dipl.-Päd. Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP) und GR Zarfl (FPÖ).

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) enthalten sich der Stimme (= gelten als Gegenstimmen).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 7 Gegenstimmen : 2 Stimmenthaltungen).

Anm.: Frau Gerl verlässt die Sitzung.

Pkt. 3.: Faire Beschaffung in der Gemeinde und Marktgemeinde Lieboch Orts- und Infrastrukturentwicklungs-KEG

Bgm. Pignitter erinnert, dass es sich hierbei um einen **Antrag** der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ handelt.

Der Antrag sieht vor, der Gemeinderat möge beschließen:

Die Marktgemeinde Lieboch und die Infrastruktur KEG der Marktgemeinde gehen mit gutem Beispiel voran und berücksichtigen bei allen Beschaffungsvorgängen die Kriterien der Nachhaltigkeit (Umwelkosten von Produkten bei Erzeugung, Verwendung und Letztverwertung) und des fairen Handels (was möglich ist wird in der Gemeinde gekauft, geringe Transportwege sind ein wesentlicher

Faktor, Produkte, die bei uns nicht erhältlich sind, entsprechen den Kriterien des fairen Handels). Bei Ausschreibungen ist die Berücksichtigung der Kriterien „Nachhaltigkeit“ und „Fairness“ ein wesentlicher Zuschlagsfaktor.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, sie wisse, dass sehr viele Punkte bereits erfüllt werden und besondere Rücksichtnahme beim Einkauf und der Beschaffung von fairen und ökonomisch einwandfreien Produkten getroffen werde.

Es handle sich aber um ein Kriterium der fairen Gemeinde und deshalb – damit das auch gut dokumentierbar sei und vielleicht noch besser umgesetzt werden könne – habe sie den Punkt auf die Tagesordnung genommen, dass die Gemeinde und die KEG ganz bewusst das Beschaffungswesen nach fairen ökologischen Kriterien umsetzen.

Damit soll kein zusätzlicher Arbeitsaufwand verursacht werden und stelle sie sich gerne zur Verfügung, unterstützend dabei zu helfen.

Sie habe heute erfahren, dass es wahrscheinlich im Mai eine Ehrung für die fairen Gemeinden in der Landesregierung geben werde.

Der Bgm. sagt, man habe bereits einen „Faire-Gemeinde“-Gemeinderatsbeschluss gefasst.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, dieser Antrag würde eine Erweiterung im Beschaffungswesen für Geräte vorsehen, die etwa reparaturfreundlich im Gegensatz zu nicht reparierbaren seien.

Hierbei gebe es verschiedenste Kriterien.

Der Bgm. fragt, ob dies heiße, dass man im konkreten Fall ein teureres Produkt kaufen soll.

Es sei nicht immer teurer, wenn etwas sehr viel teurer sei, werde man das auch diskutieren, aber sie glaube, dass das nicht immer so sei, vor allen auf die Produktlebenszeit betrachtet, so GR Mag. Hirschmugl-Fuchs.

Einen Beschluss, zu fassen, nur solche Produkte zu kaufen – möge es kosten was es wolle – damit sei er nicht einverstanden, so der Bgm.

GR Mag. Marx sagt, die faire Beschaffung sei genauso wie der Preis oder die Qualität ein zusätzliches Kriterium. Konkret müsse man bei jeder Beschaffung im Einzelnen den Preis, die Qualität und Fairness etc. berücksichtigen.

Der Bgm. verweist auf den bestehenden GR-Beschluss, faire Produkte, auch unserer Bauern einzukaufen. Jetzt noch einmal einen Beschluss mit gleichem Inhalt bzw. in Erweiterung mit Gerätschaften zu fassen, betrachte er als nicht notwendig. Für ihn reiche der Grundsatzbeschluss.

Wenn er nur an die Diskussion über Biosprit denke und dass manche Länder schon mit der Beimengung aufgehört haben, wo man zuerst so in Euphorie gewesen sei, müsse man auch zu überlegen anfangen, ob all das sofort übernommen werden sollte.

Grundsätzlich sei er dafür, wenn man es schaffe, faire Produkte einzukaufen. Unsere Bauern hätten viell. mit der Zeit gar keine Chance mehr, weil gewisse Dinge nur mehr als fair bezeichnet werden und viell. die Produkte unserer Bauern nicht mehr. Hier sei er ein bisschen in Sorge.

Ihm persönlich reiche der bestehende Grundsatzbeschluss aus, so der Bgm.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs fragt, ob das heiße, dass der Bgm. der Ansicht sei, dass der Grundsatzbeschluss für die Umsetzung reiche.

Von dem sei er ausgegangen. Man beschließe etwas ja nicht nur so pro forma. Er glaube, der damalige Antrag, faire Produkte zu kaufen, sei von GR Mag. Hirschmugl-Fuchs auch nicht halbherzig gestellt worden.

Man kaufe bereits Papier über den Abfallwirtschaftsverband ein, so der Bgm.

2.Vzbgm. Lang fragt GR Mag. Hirschmugl-Fuchs zum näheren Verständnis, wer die Beschaffung fairer Produkte dann qualifizieren könne.

Hier fange das nächste Problem an, so der Bgm.
GR Mag. Hirschmugl-Fuchs führt im Anschluss dazu näher aus.

Der Bgm. sagt, es solle nicht gegen den Antrag von GR Mag. Hirschmugl-Fuchs gerichtet verstanden werden; er sei der Meinung, dass der damalige Antrag zur fairen Gemeinde schon bedacht wurde und der damalige Beschluss eigentlich ausreichend sei.

GR Zarfl meint, der Antrag sei sehr wohl als Ergänzung zum bereits bestehenden Beschluss im Sinne der Nachhaltigkeit zu sehen.

Der Bgm. wiederholt, man habe damals sehr wohl die Meinung vertreten, dass alles, was in diesem Rahmen machbar sei, tun werde.

VM ÖkR KONRAD sagt, wenn man die Großmärkte anschau, werde teilweise die Qualitätsform für Österreich negiert. Die Bauernschaft sei unter dem Druck der Großmärkte, die überhaupt nicht bereit seien, etwas mehr zu bezahlen. Die Bauern müssten ein Drittel mehr arbeiten, um überleben zu können. Hier gehöre auch der Hebel angesetzt, dass man sage, die Großmärkte seien nicht bereit, auch den inländischen Bauern mehr zu zahlen. Er vertrete doch noch 500 Bauern; es hören so viele Bauern auf, weil sie keine Chance mehr haben, in dieser Form weiterzuleben, so VM ÖkR KONRAD.

Der Bgm. stimmt dem zu und sagt, der Konsument, der immer weniger in der Tasche habe, müsse immer mehr das Billigere nehmen, weil er es sich sonst nicht mehr leisten könne. Das sei das nächste Problem, weil der Konsument entscheide dabei.

Das, was die Gemeinde einkaufe, sei dabei ein so geringer Faktor.

VM ÖkR KONRAD spricht die Probleme mit Fast-Food an und erwähnt eine Studie, wonach die Kinder in Zukunft die Eltern nicht mehr überleben könnten.

Bgm. Pignitter ersucht über den eingangs angeführten Antrag der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ abzustimmen.

Für den Antrag stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Dipl.-Päd. Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (9 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Der Bgm. hält fest, nicht gegen die faire Gemeinde zu sein, verweist aber auf den bereits bestehenden GR-Beschluss. Wenn dies anders ausgelegt werde, habe er vorher umsonst geredet, so der Bgm.

Pkt. 4.: Budgetposition & Raum für „Faire Gemeinde“ und „Klimabündnisgemeinde“

Hierbei handelt es sich ebenfalls um einen **Antrag** der Fraktion „Die Grünen Lieboch“.

Der Antrag sieht vor, der Gemeinderat möge beschließen:

- *Finanzierung der Aktivitäten im Rahmen der „fairen Gemeinde“, wie unten beschrieben.*
- Im Rahmen der fairen Gemeinde ist neben Information und Bewusstseinsbildung vor allem ein stärkeres Engagement im sozialen Bereich angedacht.*
- Geplant ist vor allem auch die Schaffung eines Zentrums für neue Chancen und Begegnung.*
- Dort sollte z.B. ein Tauschladen entstehen, eine Verkaufsfläche für selbst erzeugte Produkte, das Angebot von Dienstleistungen wie Reparaturen, einfache handwerkliche Tätigkeiten, Babysittern, Einkaufshilfen etc.*

Menschen auf Arbeitssuche, ältere Menschen oder Mütter mit Kleinkindern hätten die Möglichkeit eines (geringen) Verdienstes, eventuell sogar einer Schulung oder Betreuung für den Wiedereinstieg. Dies soll, wenn notwendig über einen Verein oder über die Infrastruktur KEG abgewickelt werden. Zur Planung und Durchführung erklärt sich GR Monika Hirschmugl-Fuchs gerne bereit und freut sich auf die Mitwirkung der GR-KollegInnen aus allen Fachbereichen.

- *Beantragte Finanzmittel:*

Max. €2.500,00 Referentenkosten für ca. 5 Veranstaltungen

Miete für Räumlichkeiten „Zentrum“, wenn keine geeigneten Räumlichkeiten der Gemeinde verfügbar sind

Max. €1.000,00 diverses Material

Druckkosten nachhaltiger & fairer Einkaufsführer (gesamt)

- *Sonstiger Unterstützungsbedarf:*

Veranstaltungsraum

Hilfe der Gemeindearbeiter bei Veranstaltungen

Kopien

Es soll versucht werden, für das Projekt eine externe Finanzierung über verschiedene Förderstellen zu erreichen.

Der Bgm. meint, er könne dem Antrag durchaus Positives abgewinnen und würde vorschlagen, diesen in Teilbereichen aufzunehmen, auch wenn die Fraktion „Die Grünen Lieboch“ das Budget nicht mitbeschlossen haben.

Nach einer Diskussion, an der GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, Bgm. Pignitter

Schlägt der Bgm. vor, folgende Vorgangsweise zu beschließen:

- Übernahme der tatsächlichen Referentenkosten für 5 Veranstaltungen, unabhängig von den genannten € 2.500,00,
- Räumlichkeiten habe man selbst, wenn weitere notwendig wären, müsste man sich gesondert damit auseinandersetzen,
- max. € 1.000,00 diverses Material, auch wenn er nicht wisse, was dies beinhalten soll.

Der sonstige Unterstützungsbedarf

- Veranstaltungsraum
 - Hilfe der Gemeindearbeiter bei Veranstaltungen und
 - Kopien
- sei kein Thema.

Über die Druckkosten nachhaltiger & fairer Einkaufsführer sollte man getrennt noch einmal sprechen, falls dies wirklich evident werde. Er glaube, das sei eine faire Abänderung. Man habe das schon bisher immer unterstützt und das soll auch in Zukunft so sein.

Der Bgm. fragt GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, ob sie mit der Modifizierung des Antrages einverstanden ist. Der Budgetposten sei zwar nicht veranschlagt, aber das werde, sofern der Gemeinderat zustimmt, sicherlich möglich sein. Er habe schon die bisher angefallenen Referentenkosten im Konnex mit dem Beschluss über die faire Gemeinde gesehen.

GR Paar hält fest, es müsse eine neue Haushaltsstelle eröffnet werden.

1.Vzbgm. Grinschgl meint, man sollte vielleicht andeuten, auch andere Gemeinden zu Vorträgen einzuladen, um so die Referentenkosten zu minimieren.

Der Bgm. ersucht um Zeichen der Zustimmung zum etwas modifizierten **Antrag**.

Für den Antrag stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Dipl.-Päd. Scherz, GR Warzinger (SPÖ), GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

GR Helene Marx enthält sich der Stimme.

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (19 Dafürstimmen : 1 Stimmenthaltung).

Der Bgm. bedankt sich bei GR Mag. Hirschmugl-Fuchs für ihre Aktivitäten.

Das Protokoll zu den vertraulichen und nicht öffentlichen Punkten liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.